

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 1/16

15.01.2016



Matthias Hauer MdB am 15. Januar bei seiner Rede im Deutschen Bundestag zum Zahlungskontengesetz

Besserer Datenaustausch

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung in einem Schnellverfahren das Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz) auf den Weg gebracht. Matthias Hauer MdB: „Mit dem Gesetz verbessern wir den Austausch der Daten von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, zwischen den beteiligten Stellen. So verhindern wir unter anderem aufwändige Mehrfacherfassungen. Die aktuell sehr hohen Flüchtlingszahlen haben gezeigt, dass wir den Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen umfassend modernisieren müssen.“

In Zukunft soll Asylsuchenden in einer Aufnahmeeinrichtung ein „Ankunftsnachweis“ ausgestellt werden. In diesem Zuge sollen neben den bereits heute schon zu speichernden Grundpersonalien wie Name, Alter, Geburtsort und einem aktuellen Foto, auch weitere Angaben wie Religionszugehörigkeit, Schulbildung und Berufsqualifikation im Ausländerzentralregister dauerhaft gespeichert werden. Gleichzeitig sieht das Gesetz ein Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem vor, um eine Abfrage dieser Daten zu ermöglichen. Die Registrierung wird durch den fälschungssicheren Ankunftsnachweis nachgewiesen, welcher künftig auch beim Bezug von Leistungen vorgelegt werden muss. Künftig können Asylbewerber nur noch dort Sozialleistungen beziehen, wo ihr Ankunftsnachweis ausgestellt wurde. „Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern, wodurch Mehrarbeit vermieden und Abläufe beschleunigt werden können“, so der Essener Bundestagsabgeordnete. Der Bundesrat wird am 29. Januar abschließend über den Gesetzentwurf beraten. Anfang Februar soll das Gesetz dann in Kraft treten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Die Straftaten am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht empfinde ich als zutiefst erschreckend. Die Begehungsweise in großer Gruppe zeigt auch eine neue Qualität und alarmiert in besonderem Maße. Ich hoffe, dass es gelingt, möglichst viele der Straftaten aufzuklären und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Leider gab die Kölner Polizei dabei in der Vergangenheit kein gutes Bild ab. So etwas wie am Kölner Hauptbahnhof darf sich nicht wiederholen. Ein Generalverdacht gegen Flüchtlinge ist nun genauso falsch wie es Tabus bei der Aufarbeitung der Straftaten wären. Wir sollten zwischen Straffälligen und nicht Straffälligen unterscheiden - so machen wir es bei Deutschen ja zurecht auch.

Zentrale Themen dieser Sitzungswoche waren die Verbesserung des Datenaustauschs, gerade vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation, und die geplanten Neuregelungen zu Zahlungskonten. Mehr zum Datenaustausch erfahren Sie auf Seite 1 links und mehr zum Zahlungskontengesetz auf Seite 2 dieses Newsletters.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, können Sie sich jederzeit gerne an mich wenden (Kontakt siehe S. 4).

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin



Plenum © Bundesregierung/ Guido Bergmann

Rede von Matthias Hauer zum „Basiskonto“

Am 15. Januar hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über die Umsetzung der Zahlungskontenrichtlinie in deutsches Recht debattiert. Dabei geht es um das Recht eines jeden Verbrauchers auf Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen, dem Basiskonto. Ein solches Konto soll alle wesentlichen Funktionen des modernen Zahlungsverkehrs umfassen: Bareinzahlungen, Barauszahlungen, Überweisungen, Lastschriften, und Kartenzahlungen. Matthias Hauer MdB, als Berichterstatter der Unionsfraktion u.a. für dieses Gesetz zuständig, betonte in seiner Rede dazu: „Ein Girokonto ist heutzutage Grundvoraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in Deutschland etwa 1 Million Menschen nicht über ein solches Konto verfügen können. Diesen Zustand wollen wir nicht hinnehmen.“ Zudem soll das Zahlungskontengesetz die Transparenz und Vergleichbarkeit von Kontoentgelten verbessern. Durch den Vergleich auf zertifizierten Websites soll es Verbrauchern künftig besser möglich sein, das für sie am besten geeignete Zahlungskonto zu finden. Schließlich sollen durch Regelungen zur Kontenwechselhilfe Verbrauchern der Wechsel ihrer Zahlungskonten erleichtert werden. Abschließend resümierte der Essener Abgeordnete: „Rechtsanspruch auf ein Basiskonto, mehr Vergleichbarkeit und Transparenz bei den Kontoentgelten und einfacherer Wechsel des Girokontos - mit dem Zahlungskontengesetz stärken wir die Rechte aller Verbraucherinnen und Verbraucher!“



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble © Bundesregierung/
Steffen Kugler

Die schwarze Null stand auch 2015

Der Bundeshaushalt ist 2015 im zweiten Jahr in Folge ohne Neuverschuldung ausgekommen. Erstmals wurde 2015 der Haushaltsausgleich sowohl in der Aufstellung als auch im Vollzug ohne Nettokreditaufnahme erreicht. Dies geht aus dem vorläufigen Haushaltsabschluss hervor, den das Bundesfinanzministerium am Mittwoch in Berlin vorgelegt hat. Minister Dr. Wolfgang Schäuble: „Der Bund hat im vergangenen Jahr dank einer guten wirtschaftlichen Entwicklung und einer vorausschauenden Haushaltspolitik eine Rücklage von 12,1 Mrd. Euro bilden können. Wir werden die Rücklage dringend brauchen, um die zusätzlichen Leistungen zur Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu finanzieren. Auch in diesem Jahr wollen wir, wenn möglich, ohne neue Schulden auskommen.“

Hintergrund

Arbeitsmarkt auf Rekordniveau

Das zurückliegende Jahr war ein Erfolgsgeschichte für den deutschen Arbeitsmarkt. 2015 waren 43 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig – so viele wie noch nie zuvor. Die Zahl stieg um 324.000 im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Zahl der Arbeitnehmer wuchs um 1,1 Prozent auf 38,7 Millionen. Wie schon in den Vorjahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 2015 stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit. Im Juni waren 30,77 Millionen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 597.000 mehr als 2014. Im Jahresdurchschnitt 2015 waren in Deutschland 2.795.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 104.000 Menschen weniger. Noch weniger Erwerbslose gab es zuletzt 1991 mit durchschnittlich 2,6 Millionen. Zugleich liegt die Anzahl der offenen Stellen auf Rekordhoch.

Experten rechnen für das neue Jahr zunächst damit, dass sich die Erwerbslosigkeit weiter reduziert. Die Flüchtlingskrise stellt auch den Arbeitsmarkt vor besondere Herausforderungen. Die Nachfrage nach Wach- und Sicherheitspersonal, Fachkräfte für den sozialen Sektor sowie Verwaltungsmitarbeitern ist bereits hoch. Als Konsequenz der teilweise schwierigen Integration von Flüchtlingen werden für 2016 zwischen 40.000 und 100.000 mehr Arbeitslose erwartet.

Essen



Der Künstler Tilo Erdmann (2.v.r.) bei der Vernissage mit Matthias Hauer, Beate Schick, Günter Sponheuer und Fabian Schruppf (v.l.)

Vernissage zur Heisinger Kunstspur

Am vergangenen Wochenende besuchte Matthias Hauer MdB die Vernissage zur Heisinger Kunstspur: Im Ratssaal des dortigen Rathauses konnten Werke des Heisinger Künstlers Tilo Erdmann besichtigt werden. Die Laudatio auf den Künstler, der Ölmalerei unter dem Titel „Der Pott kocht“ ausstellte, hielt Folkwang-Preisträger Günter Sponheuer. Tilo Erdmann intensivierte früher seine künstlerische Ausbildung in dem Malkurs von Günter Sponheuer und ist seit 2008 Mitglied der Künstlergruppe „Kunstfeld“. Die zahlreichen Gäste wurden von Beate Schick, sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss, sowie Ratsherrn Fabian Schruppf begrüßt. Die Heisinger Kunstspur findet seit Jahren auf Initiative der CDU Heisingen statt. Matthias Hauer lobte die gelungene Veranstaltung, das Engagement für die Kunst im Stadtteil sowie die Unterstützung Essener Künstlerinnen und Künstler.

Richtfest der Feuerwehr Essen

Gemeinsam mit dem Feuerwehrchef Ulrich Bogdahn, dem Ratsherrn Peter Tuppeck und vielen Gästen nahm Matthias Hauer am 8. Januar am Richtfest für das neue Ausbildungszentrum der Essener Feuerwehr teil. Der Essener Abgeordnete war mehrere Jahre Mitglied im Ordnungsausschuss des Rates auch für die Belange der Feuerwehr zuständig und spricht daher aus Erfahrung: „Die Feuerwehr Essen leistet einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit in Essen. Deshalb freut mich das heutige Richtfest sehr. Auch künftige Einsatzkräfte müssen gut ausgebildet werden und gute Bedingungen vorfinden.“ Es ist geplant, dass die Ausbildung der zukünftigen Einsatzkräfte im Spätsommer in den neuen Räumen beginnen kann. Ebenfalls einziehen werden dort zwei Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr.



Peter Tuppeck, Ulrich Bogdahn und Matthias Hauer (v.l.) vor der Baustelle des neuen Ausbildungszentrums der Essener Feuerwehr



Matthias Hauer mit einigen Gästen des Neujahrsempfangs auf der Margarethenhöhe

Neujahrsempfang im Essener Westen

Bei dem gut besuchten Neujahrsempfang der Ortsverbände Haarzopf/Fulerum und Margarethenhöhe der CDU am 10. Januar hielt Matthias Hauer als der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Essener Süden und Westen die Festrede. Er berichtete darin über die finanziellen Entlastungen durch den Bund, von denen gerade die Stadt Essen in Millionenhöhe profitiert. Anschließend ging er ausführlich auf die Flüchtlingskrise ein. Matthias Hauer schilderte die bereits beschlossenen und noch anstehenden Maßnahmen, um Migration zu reduzieren und Integration zu verbessern. Abschließend berichtete er von den Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsregionen und dem Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den IS-Terror.

Bund fördert Einbruchsschutz

„Fast die Hälfte der Einbruchversuche wird abgebrochen, wenn technische Schutzvorkehrungen vorhanden sind“, so Matthias Hauer. Genau hier setzt das auf eine Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgehende Förderangebot der KfW an. Seit Ende 2015 ist es möglich, für Einbau oder Nachrüstung einbruchhemmender Haus- oder Wohnungstüren, die Nachrüstung von Fenstern, den Einbau von Meldeanlagen oder einbruchhemmender Gitter und Rollläden sowie für baugebundene Assistenzsysteme einen Zuschuss zu erhalten. Der Bund stellt von 2015 bis 2017 für die Förderung von Maßnahmen zum Einbruchschutz 30 Millionen Euro zur Verfügung. Der Bund bekämpft Kriminalität auch durch mehr Personal bei der Bundespolizei: Bis 2018 wird sie 3.000 neue Stellen erhalten.



Einbrecher © flickr/ Metropolitico.org

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer und Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Marie Kohls und Nils
Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

